

Pressemitteilung

Osnabrück, 23.11.2020

Zum Artikel in der NOZ „Pflege-Azubis wehren sich gegen Schulgeld“ und den Forderungen der angehenden Pflegeassistent*innen äußert sich Heidi Reichinnek, Ratsfrau in Osnabrück und Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE. in Niedersachsen:

„Die Forderung der angehenden Pflegeassistent*innen unterstützen wir als LINKE ausdrücklich. Es kann nicht sein, dass vom Land Niedersachsen die einzelnen Sozial- und Pflegeausbildungen gegeneinander ausgespielt werden – wir brauchen eine Schulgeldfreiheit für alle Berufsausbildungen.

Jetzt braucht es eine sofortige Kostenübernahme des Schulgelds im Rahmen der Corona-Hilfspakete. Damit kann ein starkes Signal der Politik an die Pflegeberufe gesendet werden, dass wir es nicht bei Applaus belassen! In den Haushaltsberatungen muss die große Koalition in Hannover den Weg für die Schulgeldbefreiung ab dem Haushaltsjahr 2021 frei machen.

Der Verweis des Ministers auf die Mehrausgaben durch Corona ist nicht zu fassen. So macht doch die Corona-Krise schon das ganze Jahr über deutlich, dass wir in den Sozial- und Pflegeberufen dringend mehr Fachkräfte brauchen. Das motivierten Auszubildenden mit dem Schulgeld und der fehlenden Vergütung derart dicke Steine in den Weg gelegt werden ist rational nicht mehr erklärbar. Wir müssen mehr junge Menschen motivieren eine Ausbildung im Sozial- und Pflegebereich zu beginnen. Und das passiert nicht dadurch, dass wir ihnen Schulden am Ende der Ausbildung und eine Doppelbelastung durch Nebenjobs in Aussicht stellen. Es braucht eine Wertschätzung dieser Berufe, die es nicht bei Klatschen und warme Worte belässt! Darum braucht es endlich die Abschaffung der Ausbildungskosten, die Vergütung von Praktika und schlussendlich auch eine bessere Entlohnung der Fachkräfte im Job.“